

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Bezahlbares
Wohnen in Stadt
und Land



Seite 12:
16. Ausgabe des
Jugend-Redeforums im
Sächsischen Landtag



Seite 16:
Veranstaltung zur
Ausrufung des Freistaates
Sachsen vor 100 Jahren

Ausgabe
8.18



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am Rande einer der vergangenen Plenarsitzungen waren Rabbinerinnen und Rabbiner aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu Gast im Sächsischen Landtag. Begleitet von David Gill, dem deutschen Generalkonsul in New York, besuchten sie in den Tagen um den 9. November Orte des jüdischen Lebens in Berlin und Dresden. Angesichts des Gewesenen, angesichts des Holocausts, ist es ein großes Glück, dass jüdisches Leben heute bei uns in Deutschland wieder seinen wichtigen Platz gefunden hat. Umso mehr beschämt es mich, wenn Juden erneut Angst haben und ihr Judentum in der Öffentlichkeit verbergen müssen, weil Antisemiten ihr Unwesen treiben. Antijüdische Angriffe sind völlig inakzeptabel, ganz gleich, von wem sie verübt werden. Gesellschaft und Staat müssen das scharf ahnden. Aus Anlass des 80. Jahrestags der Reichspogromnacht haben sich die Abgeordneten dem Thema Antisemitismus in einer Aktuellen Debatte gewidmet.

Im Rahmen der diesjährigen Erinnerung an den 9. November 1938 habe ich den Freistaat Sachsen u. a. bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages sowie auf der zentralen Veranstaltung des Zentralrats der Juden in Deutschland in der Berliner Synagoge Rykestraße vertreten. Der 9. November ist ein deutscher Schicksalstag und eine ewige Mahnung für alle Demokraten. Er verbindet großes Leid mit Hoffnung und Aufbruch in unserer Geschichte. 1918 wurde an diesem Tag die erste deutsche Republik ausgerufen. Am 9. November 1938 erreichte der deutsche Terror gegen die Juden einen ersten Höhepunkt. Und 1989 fiel am 9. November die Berliner Mauer und die Wiedervereinigung unserer Nation rückte in greifbare Nähe.

Vor 100 Jahren wurde übrigens auch Sachsen zu einer demokratischen Republik. Nach dem Ersten Weltkrieg mit Millionen von Toten war es ein Neubeginn, ein Aufbruch ins Ungewisse. Leider blieb unsere erste parlamentarische Demokratie ohne Ruhe, immer angefeindet und schließlich zerstört von ihren Gegnern, die besonders gern die Parlamente verhöhnten und demokratische Abgeordnete als »Volkverräter« beschimpften. Das sollte uns eine Lehre sein. Die aktuelle Ausgabe des Landtagskuriers legt daher einen Schwerpunkt auf den Blick in die Zeit vor 100 Jahren. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Matthias Röbner

Dr. Matthias Röbner
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

81. Sitzung des Sächsischen Landtags
Wohnen: zentrale soziale Frage unserer Zeit
CDU und SPD: Bezahlbares Wohnen in Stadt und Land 4
81. Sitzung des Sächsischen Landtags
Hintergrundinformationen zur Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen
Ergebnisse des Wohngipfels 2018 im Bundeskanzleramt 6
81. Sitzung des Sächsischen Landtags
Mindestlohn ist unverzichtbar
LINKE fordert Anhebung des Mindestlohns 7
82. Sitzung des Sächsischen Landtags
Beauftragter für jüdisches Leben kommt
CDU und SPD: Jüdisches Leben gehört zu Sachsen 8
82. Sitzung des Sächsischen Landtags
Unterstützung für Familien
AfD: Willkommenskultur für Kinder 10

JUGEND

- Ein Tag, um seine Meinung zu sagen!**
16. Jugend-RedeForum im Sächsischen Landtag 12

AKTUELLES

- Drei Jahre und einen Tag lang fremdgeschrieben**
Gesellinnen und Gesellen auf der Walz
zu Gast im Sächsischen Landtag 14
- Der Beginn der Demokratie in Sachsen**
Veranstaltung im Ständehaus zur Ausrufung
des Freistaates Sachsen vor 100 Jahren 16

AUSSTELLUNG

- »Industriearchitektur in Sachsen
erhalten – erleben – erinnern«**
Brücken zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft 20

GESCHICHTE

- »Macht Euren Dreck alleine!«**
Ausrufung der Republik und Abdankung
des Königs 1918 in Sachsen 22

SERVICE

- Weitere Informationen** 24

// Titel: Jugendredeforum 2018 im Sächsischen Landtag //
Foto: Sächsischer Landtag

Mietpreisbremse ziehen Mindestlohn erhöhen Familien unterstützen



// 82. Sitzung des Sächsischen Landtags // Foto: S. Giersch

// In der 81. Sitzung des Sächsischen Landtags am 7. November 2018 debattierten die Abgeordneten über die sächsische Bau- und Wohnungspolitik sowie über notwendige Änderungen. Außerdem wurde in einer zweiten Aktuellen Debatte die Unverzichtbarkeit des Mindestlohns thematisiert. In der 82. Sitzung am 8. November 2018 gedachten die Landtagsabgeordneten zunächst der Opfer der Reichspogromnacht von 1938, die sich am 9. November 2018 zum 80. Mal jährte, und diskutierten über die Einführung eines Beauftragten für jüdisches Leben. Weiterhin stand in gleicher Sitzung die Verbesserung der Unterstützung von Familien auf der Tagesordnung. //



// Georg-Ludwig von Breitenbuch und Jan Hippold // Fotos: S. Floss

Wohnen: zentrale soziale Frage unserer Zeit

CDU und SPD: Bezahlbares Wohnen in Stadt und Land

Katja Ciesluk

// Am 7. November 2018 kam der Sächsische Landtag zu seiner 81. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD eine Aktuelle Debatte zum Thema »Sächsische Bau- und Wohnungspolitik nach dem Wohnungsgipfel – bezahlbaren Wohnraum schaffen in Stadt und Land«. Anlass für die Diskussion war der sogenannte Wohngipfel, der im September 2018 im Bundeskanzleramt stattgefunden hat. //

CDU: Mehr Wohneigentum schaffen

Zu Beginn der Debatte verwies Oliver Fritzsche, CDU, auf die erfreulichen Ergebnisse des jüngsten Wohngipfels, die zeigten, welch hoher Stellenwert der Bau- und Wohnungspolitik zugemessen werde. Die Schwerpunkte der Wohnraumförderung in Sachsen

fasste der CDU-Politiker in drei Bereichen zusammen. So müsse man im Freistaat erstens mehr selbstgenutztes Wohneigentum schaffen, insbesondere für Familien mit Kindern. Schließlich sei dies die beste Altersvorsorge. Derzeit liege die Eigentümerquote hier bei gerade einmal 35 Prozent. Zum Zweiten verwies Fritzsche

auf die demografischen Herausforderungen, denen man sich bereits stelle, indem seniorengerechte Umbauten und Einbruchschutzmaßnahmen gefördert würden. Und zum Dritten gelte es, einen sozialen Wohnungsbau mit Augenmaß zu betreiben, damit Sachsen ein attraktiver Wohnstandort für alle Generationen bleibe.

SPD: Mietpreisbremse für Dresden und Leipzig

Albrecht Pallas, SPD, sprach sich dafür aus, dass Wohnen auch für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlbar bleiben müsse, und zwar in Stadt wie Land. Besonders wichtig sei seiner Fraktion, dass verschiedene soziale

Gruppen zusammen wohnen bleiben. So sollen auch in Zukunft Arbeiter neben Hochschullehrern wohnen können, forderte Pallas. Er verwies auf die starken Unterschiede der regionalen Wohnungsmärkte in Sachsen. Während ländliche Regionen mit vielen Wegzügen zu kämpfen hätten, erlebten Leipzig und Dresden, aber auch kleinere Städte in Ballungszentren einen ungebremsen Zuzug. Die Staatsregierung müsse deshalb für Leipzig und Dresden Mietpreisbremsen einführen. Die Frage des Wohnraums sei zur zentralen Herausforderung unserer Zeit geworden.

DIE LINKE: Sozialer Frieden gefährdet

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sei eine der wesentlichen Fragen des sozialen Friedens, konstatierte auch André Schollbach, DIE LINKE. Die derzeitige Mietentwicklung verschärfe die soziale Ungleichheit und Spaltung des Landes. Bei der Entwicklung der Mieten gebe es nur eine Richtung, und die zeige drastisch nach oben. In 79 von 80 Großstädten bundesweit seien zuletzt die Mieten gestiegen. Die hohen Mieten machten viele Menschen arm, allein in Sachsen lebten über 700 000 Menschen in Armut oder seien armutsgefährdet, so Schollbach. Die Leistungsfähigkeit vieler Mieter reiche nicht aus, um Mietpreissteigerungen abzufedern. Deshalb müsse es endlich umfassende Mietpreisbremsen geben. Zudem kritisierte er, dass der Staat viel zu lange Wohnungsabriss gefördert habe, anstatt dieses Geld in die Modernisierung von Wohnraum zu stecken.

AfD: Verfehlte Politik verursacht steigende Mieten

André Barth, AfD, betonte, dass die verfehlte Politik der Bundes- und Landesregierung verantwortlich dafür sei, dass Wohnraum in den Ballungszentren kaum noch bezahlbar sei. Die sinnlose Euro-Rettungspolitik habe zu einer Nullzinspolitik geführt, die einfache deutsche Sparer enteigne, während Reiche davon profitierten und in Aktien und Stadtimmobilen investierten. Dies führe zu Mietpreissteigerungen. Zusätzlich habe die verfehlte Energiewende, so Barth, das Bauen und damit auch die Mietpreise verteuert. Hinzu käme die verfehlte Leuchtturmpolitik, die Stadtverdichtung fördere und Landflucht begünstige. Immer mehr Menschen drängten heute in die Städte und kämpften dort gegeneinander um Wohnraum. Zudem sei der Personennahverkehr nicht ausreichend und auch Migranten stritten mit Einheimischen um Sozialwohnungen.

GRÜNE: Mehr Geld für sozialen Wohnungsbau

Jährlich 5 000 neue Wohnungen im sozialen Wohnungsbau forderte Wolfram Günther, GRÜNE, für Sachsen. Dafür müsse das Land die Mittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau endlich komplett für diesen Zweck einsetzen und zusätzlich mit Landesmitteln aufstocken. Eine Mietpreisbremse könne nicht funktionieren, wenn nicht mehr gebaut werde. Eine wirksame Mietpreisbremse sei jedoch längst überfällig, gerade in den wachsenden Großstädten. Zudem brauche Sachsen eine aktive Flächenpolitik, damit Kommunen gezielt Flächen für den Wohnungsbau erwerben könnten. Der Großen Koalition im Freistaat attestierte er, dass sie beim Thema sozialer Wohnungsbau nicht vom Fleck

komme. Auch im nächsten Landeshaushalt sehe er derzeit keinen Aufbruch. Für seine Fraktion sei bezahlbares Wohnen die soziale Frage unserer Zeit.

Fraktionslose: Keine Steuergelder versenken

Uwe Wurlitzer, fraktionslos, machte den großräumigen Abriss von Wohnungen, der mit Steuergeld bezahlt werde, sowie die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern verantwortlich für die Verknappung von Wohnraum, die zum Mietanstieg führe. Stattdessen sollten die

dass eine wirksame Wohnungspolitik den vielen regionalen Unterschieden auf dem Wohnungsmarkt angemessen Rechnung tragen müsse. Die Staatsregierung werde den sozialen Wohnungsbau weiter verstetigen. Vor allem bedürfe es jedoch einer deutlichen Ausweitung des Angebotes an Wohnraum. In Kürze werde die Staatsregierung deshalb z. B. neue Ansätze zum Wohnen im ländlichen Raum vorlegen. Staatliche Förderdarlehen mit niedrigen Zinssätzen und langen Laufzeiten seien ein geeignetes Instrument, um das Wohnen im ländlichen Raum ebenso

Vor allem bedarf es einer deutlichen Ausweitung des Angebotes an Wohnraum.

// Prof. Dr. Roland Wöllner



81. Sitzung des Sächsischen Landtags

Steuergelder lieber für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs verwendet werden. Dann könnten die Sachsen in leer stehende Wohnungen im ländlichen Raum ziehen.

wie die Schaffung von Wohneigentum zu fördern. Auch die Wiedereinführung des Baukindergeldes sei ein wichtiger Schritt für Familien, um sich den Traum vom Wohnen auf dem Land zu erfüllen.

Staatsregierung: Angebot ausweiten, Eigentum stärken

Abschließend betonte Prof. Dr. Roland Wöllner, Sächsischer Staatsminister des Innern,



// Oliver Fritzsche // André Schollbach // Albrecht Pallas // André Barth // Wolfram Günther // Uwe Wurlitzer





Hintergrundinformationen zur Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen

Ergebnisse des Wohngipfels 2018 im Bundeskanzleramt

Foto: © Calado | Fotolia.com

81. Sitzung des Sächsischen Landtags

Katja Ciesluk

Unter anderem mit den folgenden Maßnahmen sollen bis zum Jahr 2021 1,5 Millionen neue Wohnungen in Deutschland entstehen:

Investive Impulse

Der Bund stellt bis 2021 mindestens fünf Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereit. Gemeinsam mit den Mitteln von Ländern und Kommunen sollen damit über 100 000 Sozialwohnungen geschaffen werden. Die Bundesmittel müssen von den Ländern in vollem Umfang für diesen Zweck genutzt werden.

Das Baukindergeld wird wieder eingeführt. Familien und Alleinerziehende mit Kindern können rückwirkend zum 1. Januar 2018 jährlich einen Zuschuss von 1.200 Euro pro

// Der Sächsische Landtag hat am 7. November 2018 über die sächsische Bau- und Wohnungspolitik nach dem Wohngipfel debattiert. Der Wohngipfel fand am 21. September 2018 in Berlin statt. Die Bundesregierung hat dort mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden sowie den im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen engagierten Verbänden zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung des Wohnungsneubaus und zur Sicherung bezahlbaren Wohnens vereinbart. //

Kind erhalten (max. zehn Jahre). Förderfähig sind Neubauten sowie der Kauf von Wohneigentum, sofern diese von den Familien selbst bewohnt werden. Der Bund stellt dafür bis 2021 insgesamt 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung.

Weitere investive Impulse sollen u. a. durch Sonderabschreibungen für den Neubau von Mietwohnungen, die Beibehaltung der Wohnungsbau-prämie, die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen, die Förderung des altersgerechten Umbaus sowie die Fortführung der Städtebauförderung gesetzt werden.

Bezahlbares Wohnen sichern

Der Mieterschutz soll verbessert und der Anstieg der Mietpreise gedämpft werden. Ein entsprechendes Mieterschutzgesetz soll 2019 in Kraft treten. Mit einer Wohngeldreform 2020 wollen Bund und Länder ab dem 1. Januar 2020 mehr einkommensschwache Haushalte unterstützen sowie das Leistungsniveau stärken.

Vorgesehen sind zudem Verbesserungen im Bauplanungsrecht, um Kommunen bei der Ausweisung von Bauland zu unterstützen.

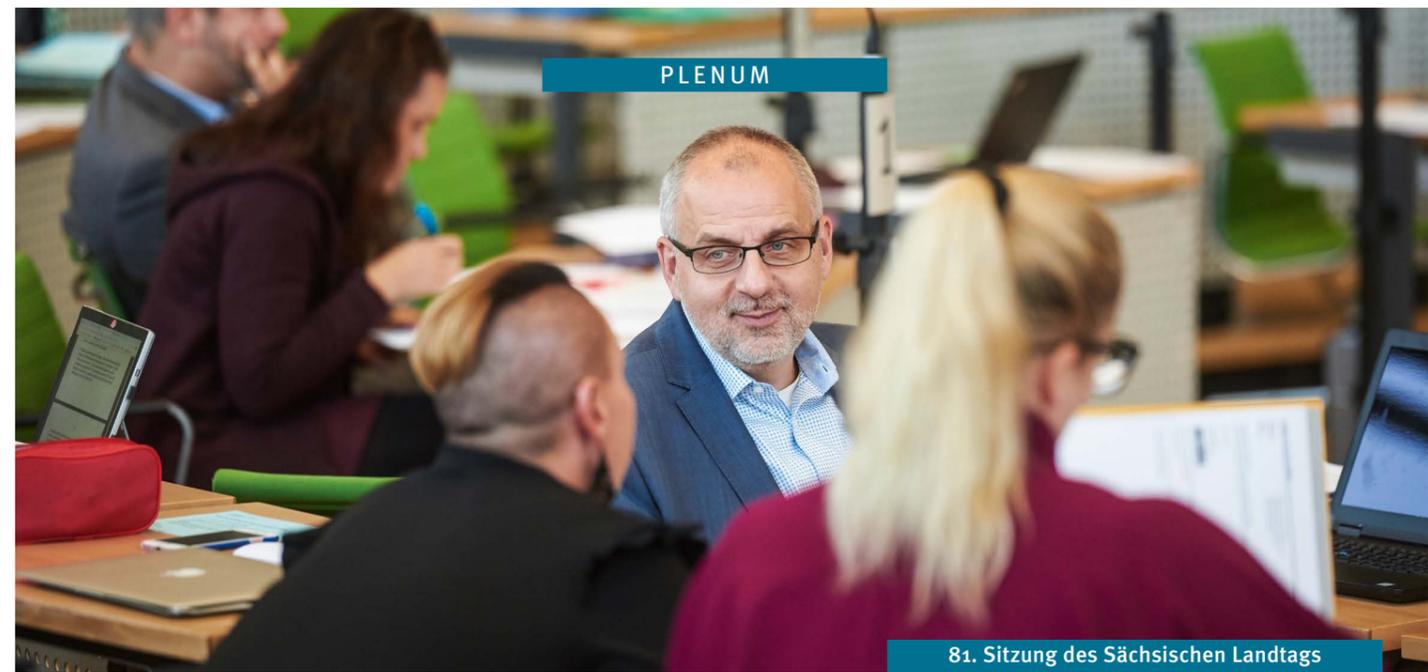
Baukosten senken, Fachkräfte sichern

Die Landesbauordnungen sollen verständlicher und einheitlicher werden. Planungs- und Bauverfahren werden zunehmend digitalisiert, um Prozesse zu optimieren.

Beim Neubau von Mietwohnungen kommen verstärkt serielles und modulares Bauen zum Einsatz.

Es werden umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um langfristig genügend Fachkräfte in der Bauindustrie zu haben, u. a. Nachwuchswerbung und -förderung, Vorlage eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und Qualifizierung der Fachkräfte.

Ausführliche Informationen: www.bmi.bund.de



// Rico Gebhardt // Fotos: S. Floss

Katja Ciesluk

Mindestlohn ist unverzichtbar

DIE LINKE fordert Anhebung des Mindestlohns

// Die zweite Aktuelle Debatte in der 81. Sitzung des Sächsischen Landtags am 7. November 2018 hatte die Fraktion DIE LINKE zum Thema »Für einen Mindestlohn, der vor Armut schützt – jetzt handeln, Herr Dulig!« angemeldet. //

Es sei gut, dass es einen Mindestlohn in Deutschland gebe, so Susanne Schaper, DIE LINKE. Ihre Partei sei die erste gewesen, die diesen bereits 2001 im Bundestag gefordert habe. 2015 eingeführt, schütze der aktuelle Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde aber nicht vor Armut. Selbst in Vollzeit und nach 45 Jahren Arbeit könne man damit keine Rente über der Grundsicherung erreichen. Damit der Mindestlohn tatsächlich ein Leben in Würde ermögliche, müsse dieser zügig auf 12,63 Euro steigen.

Jörg Kiesewetter, CDU, erinnerte daran, dass es gute Gründe gebe, dass nicht der Staat, sondern eine Mindestlohnkommission – paritätisch besetzt mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern – die Höhe des Mindestlohns festlege. Der Mindestlohn sei eine ordnungspolitische, keine sozialpolitische Maßnahme. Aufgabe des Staates sei es vielmehr, etwas in den Bereichen Qualifizierung und berufliche Weiterbildung zu tun, um Menschen, die im Niedriglohnssektor tätig seien, Türen zu öffnen.

Bedarf an Fachkräften

Henning Homann, SPD, wies darauf hin, dass der Bedarf an Fachkräften nur gedeckt werden könne, wenn die Leute ordentlich und gut bezahlt würden. Dafür bedürfe es leider eines Mindestlohnes. Kein Bundesland habe so sehr vom Mindestlohn profitiert wie Sachsen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse konnten reduziert werden, und die Löhne seien gestiegen. Damit habe der Mindestlohn Verbesserungen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen.

Auch seine Fraktion bekenne sich zum Mindestlohn, betonte Mario Beger, AfD. Jedoch müsse man den Blick in dieser Debatte nicht nur auf die Arbeitnehmer, sondern auch auf Selbstständige und Unternehmer richten. Gerade Einmannunternehmen und Solo-Selbstständige schafften es häufig nicht einmal, ihre eigene Arbeitskraft lohnend auszubeten. Deshalb sollte man demnächst über einen gesetzlichen Mindestgewinn debattieren.

Mehr Tarifbindung

Ein Mindestlohn, der nur auf dem Papier stehe, sei nicht akzeptabel, so Petra Zais, GRÜNE. Aufgabe der Politik sei es, Schlupflöcher zu schließen und die Finanzkontrolle im Bereich Schwarzarbeit zu verstärken. Die

Erhöhung des Mindestlohns sei Sache der Sozialpartner und der Wissenschaft. Ihre Fraktion stehe ohne Wenn und Aber zur Mindestlohnkommission. Diese brauche mehr Ermessensspielraum, damit der Mindestlohn über die Tarifentwicklung hinaus steigen könne.

Arbeitsminister Martin Dulig bezeichnete den flächendeckenden Mindestlohn als unverzichtbar. Er habe in keinem anderen Bundesland zu mehr positiven Effekten geführt als in Sachsen. Dulig begrüßte die Erhöhung des Mindestlohns auf 9,19 Euro zum 1. Januar 2019, machte aber auch deutlich, dass er eine Anhebung in absehbarer Zeit auf 12,00 Euro unterstütze. Flankiert werden müsste der Mindestlohn von einer starken Tarif- und Sozialpartnerschaft. Es brauche vor allem mehr Tarifbindung.



Nachrücker
Jörg Markert
im Landtag
verpflichtet

Zu Beginn der 81. Plenarsitzung verpflichtete Landtagspräsident Dr. Matthias Röbber den Abgeordneten Jörg Markert (CDU-Fraktion) gemäß § 2 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtags per Handschlag. Jörg Markert ist am 1. November 2018 für Stanislaw Tillich nachgerückt, der sein Mandat mit Wirkung zum 31. Oktober 2018 niedergelegt hatte.

Beauftragter für jüdisches Leben kommt

CDU und SPD: Jüdisches Leben gehört zu Sachsen

Katja Ciesluk

// Dr. Eva-Maria Stange und Petra Köpping // Fotos: S. Giersch



// Martin Modschiedler // Rico Gebhardt // Hanka Kliese // Sebastian Wippel // Petra Zais // Dr. Kirsten Muster

CDU: Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Der Kampf gegen den Antisemitismus – gleich welcher Prägung – bleibe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, betonte Martin Modschiedler, CDU. Das Judentum gehöre zu Sachsen und seine Fraktion werde dafür Sorge tragen, dass diese Selbstverständlichkeit auch so bleibe. Man werde deshalb das Amt eines Beauftragten für jüdisches Leben schaffen, kündigte Modschiedler an. Dieser solle nicht nur Ansprechpartner bei antisemitischen Vorfällen sein, sondern Dialoge zwischen

// Am 9. November 2018 jährte sich die Reichspogromnacht zum 80. Mal. Sie markierte den Übergang von der Diskriminierung der Juden zu ihrer systematischen Verfolgung. Im Ergebnis fielen sechs Millionen Menschen in Europa dem Holocaust zum Opfer. In der aktuellen Debatte »Antisemitismus gestern und heute – warum die Reichspogromnacht nicht nur Geschichte ist.« gedachten die Abgeordneten am 8. November 2018 der Millionen Opfer und suchten nach Antworten, wie Antisemitismus heutzutage begegnet werden müsse. //

den Kulturen anstoßen und moderieren. 70 Jahre nach der Staatsgründung sei die Debatte um Israel und die Juden noch immer von Nicht- und Halbwissen geprägt, so seine Fraktionskollegin Ines Springer, die

Israel bereits mehrmals besucht hat. Genau diese Wissenslücken führten zu einem latenten Antisemitismus. Jegliches rassistische Gedankengut sei zu verurteilen. Die Shoa dürfe sich nie wiederholen.

SPD: Erinnerungskultur überdenken

Die Erinnerungskultur sei an einem sensiblen Punkt angelangt, stellte Hanka Kliese, SPD, fest. Schmerzlich müsse man erkennen, dass jahrzehntelanges Gedenken nicht mit einer Immunisierung gegen Antisemitismus einhergehe. Gut gemeinte Aussagen wie »Keine Toleranz den Intoleranten« verfehlten ihre Wirkung, weil sie phrasenhaft oder abstrakt wirkten. Ein Weg, um die Menschen anzuhalten, achtsamer zu sein, könnten bewegende Einzelschicksale und ihre Wirkung sein. Kliese

verwies auf den Sachsen-Monitor, in dem 39 Prozent der sächsischen Beamten der Aussage »Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazizeit die Opfer gewesen sind.« zugestimmt hätten. Wenn es heute Angriffe auf Juden gebe, müsse man hinschauen, hingehen, die Stimme erheben. Unrecht dürfe nicht übergangen werden. Die Zivilgesellschaft dürfe nicht schweigen.

DIE LINKE: Antisemitismusbeauftragter gefordert

Rico Gebhardt, DIE LINKE, erinnerte an den Überfall auf ein jüdisches Restaurant in Chemnitz. Die Täter hätten damit in schamloser Weise gegen das »Nie wieder« verstoßen, das zum Fundament unserer Gesellschaft gehöre. Wir sollten gelernt haben, nicht wegzuschauen, nicht wegzuhören, sondern zu tolerieren und zu akzeptieren. Schon zu Beginn des Jahres habe seine Fraktion deshalb gefordert, die Stelle eines Antisemitismusbeauftragten in Sachsen einzurichten. Sofern die Koalition bereit sei zu einer fraktionsübergreifenden Initiative, werde man den eigenen Antrag beiseitelegen. Man dürfe Antisemitismus nicht hinnehmen, ergänzte Gebhardts Fraktionskollegin Kerstin Köditz und verwies auf die aktuellen Zahlen: 2017 habe es in Sachsen 118 antisemitische Straftaten gegeben, von denen 116 rechtsmotiviert gewesen seien, im ersten Halbjahr 2018 habe es bereits 72 antisemitische Straftaten gegeben.

AfD: Angst vor Mobbing

Antisemitismus dürfe es in Deutschland nie wieder geben,

betonte Sebastian Wippel, AfD. Die Reichskristallnacht habe den vorläufigen Höhepunkt der Diskriminierung der deutschen Juden auf dem Weg zu ihrer systematischen physischen Verfolgung markiert. Nur wenige Juden hätten bis zum Kriegsende die gegen sie gerichtete Vernichtungsmaschinerie überlebt. Diese traurige Geschichte werde immer im Gedächtnis bleiben. Es stelle sich seiner Fraktion die Frage, wer heute in Deutschland Antisemitismus praktiziere. Mit Blick auf den ARD-Antisemitismusreport vom 5. November 2018 sagte Wippel, dass 78 Prozent der befragten Juden in Deutschland angegeben hätten, auswandern zu wollen. Sie wollten ihrer Kinder wegen nach Israel ziehen, aus Angst vor Prügel und Mobbing an deutschen Schulen. Die Bedrohung käme nicht von Deutschen, sondern von prügelnden Muslimen.

GRÜNE: Vielfalt stärken

Es sei wichtig, so Petra Zais, GRÜNE, dass diese Debatte im Landtag, dem zentralen Ort der Demokratie in Sachsen, stattfinden.

Regierung und Parlament dürften es nicht allein den jüdischen Gemeinden und der Zivilgesellschaft überlassen, an den Beginn der Novemberpogrome 1938 zu erinnern. Unerträglich sei es, dass im Jahr 2018 in unserem Land Synagogen, jüdische Kindergärten, Restaurants und Gemeindehäuser Schutz benötigten. Nach Auffassung der GRÜNEN müsse das jüdische Leben in seiner Vielfalt gestärkt werden. Die jüdischen Gemeinden bräuchten eine ausreichende Finanzierung und jährliche, im Staatsvertrag festgeschriebene Anpassungen. Antisemitismus habe viele Gesichter, also müssten die Ansätze zur Bekämpfung ebenso vielfältig sein. Es gelte, das Thema stärker in Schulen, bei Lehrkräften, der Polizei und der Justiz aufzugreifen.

Fraktionslose: Latenter Antisemitismus

Dr. Kirsten Muster, fraktionslos, sagte, das Judentum gehöre zu Deutschland, verfassungstreu Muslime ebenso, der politische Islam nicht. Noch immer sei Antisemitismus latent in unserer

Gesellschaft vorhanden und werde zusätzlich von muslimischen Migranten unter Verletzung des Gastrechts ausgeübt. Auch die antiisraelische Propaganda zu SED-Zeiten wirke immer noch nach.

Staatsregierung: Bekenntnis zu jüdischem Leben

Auf die Frage der Debatte, warum die Reichspogromnacht nicht nur Geschichte sei, antwortete Oliver Schenk, Chef der Staatskanzlei, dass den Deutschen daraus die stete Verantwortung erwachse, der Entfesselung von jüdenfeindlicher Ideologie und Willkür das Stoppschild zu zeigen. Nie wieder dürften religiöse Verbrämung, Rassenfanatismus und die Missachtung elementarster Menschenrechte ohne Widerspruch bleiben. Dieser Verantwortung werde man nur gerecht, wenn wir das Gedenken nicht verlernten. Die Geschichte Sachsens sei auch die Geschichte jüdischen Lebens. Dieses Bekenntnis habe man 1996 mit dem Staatsvertrag des Freistaates mit den jüdischen Gemeinden gesetzlich verankert. Die Staatsregierung werde einen Beauftragten für jüdisches Leben berufen, der Präventions- und Interventionsarbeit koordiniere, denn jüdisches Leben gehöre zu Sachsen.



// Oliver Schenk

82. Sitzung des Sächsischen Landtags



www.landtag.sachsen.de



82. Sitzung des Sächsischen Landtags



JUGEND

»Man lernt hier,
auf Menschen zuzugehen«

Unterstützung für Familien

AfD: Willkommenskultur für Kinder

Katja Ciesluk

Kinder dürften kein Armutsrisiko sein, betonte Dr. Rolf Weigand, AfD, zu Beginn der Debatte. Seine Fraktion fordere deshalb schon lange eine »Kinderarmutprämie« von 5.000 Euro für sächsische Familien. Damit Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen der Betreuung ihrer Kinder daheim oder in der Kita hätten, solle das Landeserziehungsgeld für Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen, auf 700 Euro monatlich erhöht werden. Dies entlaste zugleich die problematische Situation in den Kitas.

Die CDU setze sich sehr für Kinder und Familien ein, entgegnete Daniela Kuge. So gebe es genügend Kindertagesplätze, es sei das Baukindergeld von 12.000 Euro eingeführt worden und die Rückkehr für Frauen an den Arbeitsplatz in Teil- oder auch Vollzeit sei überall möglich, erst recht in Zeiten des Fachkräftemangels. Für eine Erhöhung des Landeserziehungsgeldes müssten außerdem Gegenvorschläge zur Finanzierung eingebracht werden.

Zeitgemäße Willkommenskultur

Susanne Schaper, DIE LINKE, konstatierte, dass vor allem Zukunftsangst und finanzielle Unsicherheit der Familienplanung schaden. Deshalb müsse man Familien unterstützen – egal, wie sie zusammengesetzt seien. Dafür

// Die zweite Aktuelle Debatte in der 82. Sitzung des Sächsischen Landtags am 8. November 2018 befasste sich auf Antrag der AfD-Fraktion mit dem Nachwuchs in Sachsen. Sie war mit dem Titel »Willkommenskultur für Kinder – unsoziale Regierungspolitik beenden!« überschrieben. //

brauche es mehr Hilfen für Alleinerziehende, flexiblere Arbeitszeitmodelle, gebührenfreie Kinderbetreuung, eine Grundsicherung sowie ein höheres Kindergeld. Der Kampf gegen Kinderarmut sei eine der größten Aufgaben, so Schaper.

Iris Raether-Lordieck, SPD, erinnerte daran, dass Sachsen im Bundesvergleich lange Zeit deutlicher Spitzenreiter bei den Geburtenzahlen gewesen sei. Zudem gebe es bereits eine erfolgreiche und vor allem zeitgemäße Willkommenskultur. So habe beispielsweise das Elterngeld zu einem gesellschaftlichen Wandel beigetragen, infolgedessen der Anteil der Väter, die eine Zeit lang im Job aussetzen, um ihre Kinder zu betreuen, sprunghaft gestiegen sei.

118 Millionen Euro im Doppelhaushalt

Wie Volkmar Zschocke, GRÜNE, feststellte, bedeute Willkommenskultur für seine Fraktion, entschlossen gegen Kinderarmut vorzugehen. Dazu gehörten u. a. die Einführung einer Grundsicherung sowie die Entlastung von Alleinerziehenden. Es müsse zudem möglich sein, dass Familien mehr Zeit für einander haben, z. B. durch partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeitszeit und kurze Wege für kurze Beine in Stadt und Land.

Sozialministerin Barbara Klepsch betonte abschließend, dass Sachsen für eine Willkommenskultur für Kinder, Jugendliche und Familien stehe und diese ihren Handlungsmaßstab bestimme. Familien bräuchten gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung. Im aktuellen Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 stünden dafür 118 Millionen Euro zur Verfügung, das sei eine Erhöhung um 21 Millionen. Ein Schwerpunkt sei dabei das Landeserziehungsgeld, das außer Sachsen nur noch Bayern anbiete.



// Dr. Rolf Weigand // Fotos: S. Giersch

// Am 3. November 2018 fand das 16. Jugend-Redeforum im Sächsischen Landtag statt. Bei der mittlerweile traditionsreichen Veranstaltung für Acht- bis Zwölfklässler nahmen auch in diesem Jahr wieder 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg teil. Alle teilnehmenden Jugendlichen zeigten ihr rhetorisches Talent in verschiedenen Diskussionsrunden, die Besten von ihnen kamen in das Finale. Hier hielt jeder Finalist eine dreiminütige Rede, bevor der Sieger von einer hochkarätig besetzten Jury ermittelt wurde. Der Sieg ging dieses Jahr nach Meißen. //



Ein Tag, um seine Meinung zu sagen!

16. Jugend-Redeforum im Sächsischen Landtag

Fotos: S. Füssel

Anne-Marie Brade

// In seiner mittlerweile 16. Ausgabe lockte das Jugend-Redeforum am 3. November 2018 wieder 36 junge Redetalente an die Diskussionstische und hinter das Rednerpult im Plenarsaal des Sächsischen Landtags. Sie tauschten in regem Wettstreit Argumente aus, hielten Reden und zeigten, wie gut Debattenkultur funktionieren kann. //

Einmal im Jahr wird der Sächsische Landtag zur Arena für 36 junge Wortakrobaten aus Brandenburg, Thüringen und natürlich vor allem Sachsen. Dann schafft das Jugend-Redeforum, die größte hauseigene Jugendveranstaltung des Sächsischen Landtags, eine Bühne für die Debattier- und Redekünstler von morgen. Die Acht- bis Zwölfklässler dürfen in zwei Runden beweisen, dass sie es verstehen, Argumente zu sammeln und ihre Meinung zu verteidigen, ohne anderen zu nahe zu treten.

Runde 1, die am Vormittag stattfindet, besteht für jeden Schüler aus drei Diskussionsrunden zu unterschiedlichen aktuellen Themen. In diesem Jahr standen unter anderem »Wählen als Bürgerpflicht: Sollte es in Deutschland eine Wahlpflicht geben?«, »Gesunde Stadt:

Müssen unsere Innenstädte autofrei werden?« und »Du statt Sie: Ist die Höflichkeitsform Sie noch zeitgemäß?« auf dem Programm. In Gruppen mit je sechs wechselnden Teilnehmern entsponnen sich in drei unterschiedlichen Räumen hitzige Debatten vor einer hochkarätigen Jury aus Journalisten, Kommunikationsexperten und Wissenschaftlern. Besonders hervor stach

Sven Richter aus der zwölften Klassenstufe des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums in Zwickau. Er überzeugte die Jury durch präzise vorgebrachte Argumente, wohlformulierte Sätze und seine moderierenden Fähigkeiten. Er entschied so die Vorrunde für sich.

Obwohl sicherlich jeder Teilnehmer in den Vorrunden etwas lernen konnte, qualifizierten sich nur die elf punktstärksten Schüler für Runde 2. Am Nachmittag wurde ihnen eine gehörige Portion Mut abverlangt, denn nun galt es, im Plenarsaal eine Rede vor dem gespannt lauschenden Publikum zu halten. Das Thema, zu dem gesprochen werden soll, erfährt jeder Teilnehmer erst zehn Minuten vor Beginn der dreiminütigen Rede. Zur Vorbereitung sind abgesehen von Stift und Papier keine Hilfsmittel erlaubt. Das sind keine leichten Bedingungen, wohl auch für so manchen Erwachsenen nicht.

Falls dem einen oder der anderen angesichts der ungewohnten Redebühne die Knie schlotterten, so zeigte es doch niemand. Dem Publikum und der Jury wurden elf hervorragende Wettbewerbsbeiträge geboten. Am Ende des Redeforums setzten sich drei Schüler, alle aus Sachsen, gegen ihre Konkurrenz durch: Der Zwölfklässler Johann Olenitsch vom Schiller-Gymnasium in Bautzen, der

Das nächste Jugend-Redeforum kommt bestimmt!

Zur Teilnahme eingeladen ist jeder Schüler der achten bis zwölften Klasse, egal welcher Schulform! Einen Platz im nächsten Teilnehmerfeld kann man sich bereits heute unter veranstaltungen@slt.sachsen.de reservieren.

November 2019



erstmalig am Jugend-Redeforum teilnahm, positionierte sich zum Thema »Herrscht in unseren Schulen zu viel Leistungsdruck?«. Er bestach vor allem durch eine kluge und ausgewogene Argumentation, geschickt gespickt mit Beispielen aus dem Leben.

Er belegte im Gesamtplacement Platz 3. Den zweiten Platz holte sich Sven Richter, der damit bewies, dass er sich nicht nur in einer Gruppendiskussion behaupten, sondern auch im Einzelvortrag punkten kann. Er sprach über die Frage, ob Instagram, Snapchat & Co. dem persönlichen sozialen Kontakt ebenbürtig sind. Die Jury zeigte sich besonders beeindruckt von seiner humorvollen und unaufgeregten Sprechweise. Der diesjährige Pokal schließlich ging ebenfalls an einen Schüler der zwölften Klasse: Friedrich Reichel vom Landesgymnasium Sankt Afra aus Meißen. Er konnte die Jury-Hinweise, die er bei früheren Teilnahmen am Jugend-Redeforum im Landtag erhalten hatte, nutzen und wurde strahlender Sieger. Sein Thema lautete: »Demonstrationen und Protest: Bringt das was?« Friedrich Reichel überzeugte mit seinem Plädoyer für mehr Mitmachen in der Demokratie. Zum Sieg verhalfen ihm unter anderem sein bemerkenswerter Wort- und Zitatenschatz, seine gelungene Körpersprache und seine gedankliche Durchdringung des Themas.

Alle drei Sieger waren sich im Anschluss einig, dass sie eine Teilnahme am Jugend-Redeforum weiterempfehlen würden. Auch – oder gerade – solchen Schülern, denen Diskutieren und Sprechen vor Publikum eigentlich nicht unmittelbar liegen. »Man entwickelt sich weiter, dafür sorgen schon die tollen Rahmenbedingungen«, sagte zum Beispiel Friedrich Reichel, der bereits zum vierten (und letzten) Mal teilgenommen hat und im Vorjahr Platz 3 belegt hatte. »Man lernt hier, auf Menschen zuzugehen«, ergänzte Johann Olenitsch, der als Neuling kam und als Drittplatzierter ging.



Am Ende fasste Christoph Schumacher, Mitglied der neunköpfigen Jury und Vizepräsident des Verbands der Redenschreiber deutscher Sprache, seinen Eindruck von den hervorragenden Leistungen der Schüler zusammen: »Sie haben da ein paar Maßstäbe gesetzt; das hat mich sehr beeindruckt.« Dies gilt sicher nicht nur für Herrn Schumacher, sondern auch für den Rest des Publikums. Alle 200 Gäste konnten sich davon überzeugen, dass der Nachwuchs auch zukünftig zu einer gesunden Debattenkultur im Land beitragen wird.



Anne-Marie Brade

Drei Jahre und einen Tag lang fremdgeschrieben

Gesellinnen und Gesellen auf der Walz zu Gast im Sächsischen Landtag

// Sie sind unterwegs mit Kluft, Stenz und Charlottenburger, machen Platte, schallern und werden ausgeschenkt. In Deutschland befinden sich momentan je nach Schätzung zwischen 600 und 800 junge Menschen als freigeschriebene Handwerksgesellinnen oder -gesellen auf der traditionellen Walz. So genau weiß das niemand, weil sie von keiner offiziellen Stelle gezählt werden. Im Sächsischen Landtag werden sie gern als Besucher willkommen geheißen. //

und was auf ihren Zusammenkünften besprochen wird. Weil sie oft aber sehr aufgeschlossen sind, ist es gar nicht so schwer, sie kennenzulernen, wenn man sich auf ein Gespräch einlässt. Dann erfährt man erstaunliche Geschichten aus ihrer für uns doch einigermaßen fremden Welt und kann sich ein Bild machen über ihre Motivation, sich für mindestens drei Jahre und einen Tag fremd schreiben zu lassen und sich auf die traditionelle Wanderschaft, die Walz, zu begeben.

Gebräuche der Wanderschaft

Die Motive für das Wandern sind oft ähnlich: Die Wanderer wollen etwas sehen von der Welt, ihren Horizont erweitern, das Leben kennenlernen und

vor allem vollkommen frei sein. Was früher nur Männern vorbehalten war, dürfen heute auch Frauen: Seit den 1980er-Jahren gehen mehr und mehr Frauen als Mitglieder eines Schachts auf Wanderschaft. In Deutschland gibt es fünf solche Schächte. Ihre Angehörigen sind an den jeweils unterschiedlich gefärbten Ehrbarkeiten, den bunten »Schlipsen«, zu erkennen, die sie um den Hals tragen. Zwei dieser Vereinigungen nehmen auch Frauen auf. Ein weiteres unverkennbares Zeichen der Wandergesellen ist die Kluft, bestehend aus schwarzem Hut mit Krempe, weißem, kragenlosem Hemd, meist schwarzer Weste und Jacke sowie schwarzen Schuhen. In der Öffentlichkeit darf die Weste nie abgelegt werden.

Darüber hinaus gibt es noch viele weitere Regeln und Gebrä-

che, denen sich die Wandergesellinnen und -gesellen freiwillig unterwerfen. So dürfen sie, um überhaupt für die Wanderschaft infrage zu kommen, in der Regel noch keine 30 Jahre alt sein. Und sie müssen schuldenfrei, ledig sowie kinderlos sein. In der Öffentlichkeit müssen sie sich stets ehrbar verhalten. Sie dürfen sich für mindestens drei Jahre und einen Tag ihrer Heimat nicht auf weniger als 50 km, den Bannkreis, nähern. Handys sind tabu. Es ist ihnen verboten, für das Schlafen oder Reisen Geld auszugeben, im Zweifel soll gewandert werden! Und wie einer unserer Besucher es ausdrückte: Es muss auch gereist werden, um zu arbeiten – und es wird gearbeitet, um zu reisen.



Arbeiten und Reisen

Darum suchen sich die Wandergesellen auf ihrem Weg regelmäßig Arbeit, wenn auch nie für länger als drei oder je nach Schacht sechs Monate beim selben Brotherrn. Dieser verfasst für den Wandergesellen ein Zeugnis im Wanderbuch, das der wichtigste Besitz des Reisenden ist. Zumindest wer im Schacht organisiert und nicht als Freireisender unterwegs ist, muss damit nachweisen, dass er gut und viel gearbeitet hat. Sonst kann es passieren, dass er am Ende seiner Wanderschaft nicht heimgeschrieben wird und

weiter wandern muss. Der Hintergrund dieser Praxis liegt wohl in der Tradition der Walz begründet, die bis ins Mittelalter zurückgeht und den Gesellen ursprünglich dazu befähigen sollte, die Meisterprüfung abzulegen.

Hinweise darauf findet man in zahlreichen alten Liedern oder Märchen, zum Beispiel in den bekannten Grimm'schen Geschichten »Tischlein deck dich« oder »Hans im Glück«.

Neben dem kostbaren Wanderbuch und den Kleidern auf dem Leibe besitzt der Geselle oder die Gesellin auf Wanderschaft nicht viel: In einer Schnürrolle, dem Charlottenburger, werden Werkzeuge, Wechselwäsche und Schlafsack transportiert. So kann man leicht reisen und quasi überall Platte machen – sich zum Schlafen hinlegen. Ebenfalls ständiger Begleiter ist der Stenz, also der Wanderstock;



sehr persönlich gestaltet, oft knorrig und häufig auch mit Geschichten behaftet: Andreas aus Nördlingen beispielsweise, der im September 2018 im Landtag um Reiseunterstützung bat, kam zu seinem Stab in einer traditionellen Hamburger Kneipe für Wandergesellen. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte dieser einem Handwerksgesellen gehört, der mit ihm auf Wanderschaft gehen wollte. Der Krieg verhinderte das. Andreas durfte den Stab mitnehmen und so wird die geplante Walz doch irgendwie noch Wahrheit und die jahrhundertalte Tradition fortgesetzt.

Wie man mit den Wanderern an offiziellen Stellen umgeht, ist ganz unterschiedlich, meint Andreas. Es ist unter Wandergesellinnen und -gesellen Sitte, in neu erreichten Städten zunächst im Rathaus

vorzusprechen. Früher erhielt man dort Hinweise zu möglichen Arbeitsstätten oder aber ein Zehrgeld, um in der Gemeinde nicht Betteln zu müssen – man ließ sich ausschicken. Heutzutage heißen gerade Rathäuser in kleinen Ortschaften die Gesellen und Gesellinnen auf Wanderschaft herzlich willkommen, große Städte begegnen den Besuchern hingegen sehr unterschiedlich. In jedem Fall versorgen sie diese aber mit dem begehrten Stempel im Buch.

Im Sächsischen Landtag freuen wir uns stets über die faszinierenden Gäste und wünschen viel Erfolg auf der Walz.



Fotos: Sächsischer Landtag

»So spricht ein Fremder zu einer Fremden, in der ach so fremden Fremdesfremde« ist Teil eines Reimes, den Wandergesellen oder -gesellinnen auf der Walz aufsagen und ihrer jeweiligen Situation anpassen können. Für das komplette Aufsagen des Spruchs, das sogenannte Schalmachen, erhalten sie ein wenig Geld, eine Mahlzeit, einen Schlafplatz oder eine freie Fahrt, in jedem Fall aber eine Reiseunterstützung. Dazu wird ein gewandener Wanderstock, der Stenz, kräftig auf den Boden gestoßen. Geschieht dies im Foyer des Sächsischen Landtags, hallt es laut und die Köpfe drehen sich hin zu den auffällig gewandeten Besuchern, die hier regelmäßig vorsprechen.

Ungewöhnliche Landtagsbesucher

Von September 2017 bis September 2018 waren es elf junge Menschen aus ganz Deutschland, die im Sächsischen Landtag vorstellig wurden: Torben, Anka, Philipp, Jan und einige mehr. Sie werden dann eingeladen zu einer Mahlzeit in der Kantine oder im Restaurant auf dem Dach des Neubaus, erhalten eine Zusammenstellung kleiner Geschenke zum Verbrauchen oder zum Tauschen und bekommen einen Stempel in ihr traditionelles Wanderbuch.

Jedem von ihnen haftet eine gewisse Aura des Geheimen an, weil man Teil der verschworenen Gemeinschaft werden muss, um im Detail zu erfahren, was ihre Traditionen sind, was ihr Vokabular genau bedeutet



// Michael Kretschmer // Fotos: M. Rietschel



Der Beginn der Demokratie in Sachsen

Dr. Thomas Schubert

Veranstaltung im Ständehaus zur Ausrufung des Freistaates Sachsen vor 100 Jahren

Akzeptanz des Parlamentarismus nötig

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an den demokratischen Beginn, an den »Aufbruch ins Ungewisse«, den Sachsen vor 100 Jahren mit der Begründung des demo-

// »Auf dem Weg in die Demokratie – 100 Jahre Ausrufung des Freistaates Sachsen« lautete der Titel einer Festveranstaltung der sächsischen Staatsregierung am 10. November 2018. Sie würdigte die Ereignisse zu Beginn der ersten sächsischen Demokratie und widmete sich zugleich dem demokratischen Gemeinwesen im heutigen Sachsen. //

kratischen Parlamentarismus erlebte. Es sei eine Zeit heute unvorstellbarer Wirren gewesen,

in der sich die junge sächsische Republik behaupten musste. Streiks, Demonstrationen, Straßenkämpfe und wirtschaftliche Not prägten die Anfangsjahre. Helden- und Opfermythen, das Denken in den Kategorien Freund und Feind durchzogen auch in Sachsen die Gesellschaft. Die junge Demokratie habe daher kaum Ruhe finden können, ständig angefeindet von Links- und Rechtsextremisten, zu wenig unterstützt von überzeugten Verfechtern.

Entsprechend appellierte der Landtagspräsident, dass die Demokratie und die repub-

likanische Verfassung von den Bürgerinnen und Bürgern gelebt und verteidigt werden müssten. Niemals dürfe die Zweckmäßigkeit der Demokratie in Zweifel gezogen werden. Ferner seien ein breites Verständnis von Parlamentarismus sowie die volle Akzeptanz der Spielregeln des Parlamentarismus unabdingbar. Wer hingegen die parlamentarische Demokratie als Experiment mit offenem Ausgang verstehe und das Demokratische, also den nötigen Streit und den erforderlichen Konsens, gezielt diskreditiere, der unterpöbele die repräsentative Demokratie.



// Dr. Matthias Röbner

Der beste Freistaat, den es je gegeben hat

Die Ausrufung der Republik vor 100 Jahren sei ein Feiertag in der sächsischen Geschichte, betonte Ministerpräsident Michael Kretschmer. Damals habe eine große Entwicklung hin zu Demokratie und Rechtsstaat eingesetzt. Heute, nach einem weiteren verheerenden Weltkrieg und zwei Diktaturen, lebten wir im besten Sachsen, das es je gegeben habe, in einer Zeit des Friedens und des Wohlstands. Das alles sei möglich, weil sich die Deutschen ihrer Geschichte gestellt hätten.

Sachsen brauche Menschen, die sich selbstbewusst in der Demokratie engagierten, die Kompromisse eingingen und das Verbindende in den Mittelpunkt stellten. Es sei nötig, sich darüber zu verständigen, was es für das Land zu erreichen gelte. Dabei dürfe man nicht

stehenbleiben, denn das bedeute heutzutage Rückschritt. Stattdessen müsse man sich den aktuellen Herausforderungen stellen, die wohlgerneht weit geringer seien als jene vor 100 Jahren. Die Staatsregierung tue dies mit einem Haushalt 2019/2020 voller Investitionen in die Zukunft.

Von der Revolution zur parlamentarischen Demokratie

Hauptredner war der Historiker Prof. Dr. Mike Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut an der TU Dresden. Die Revolution 1918/1919 sei einerseits eine Kriegsbeendigungsbewegung gewesen, andererseits aber auch der erfolgreiche Versuch, den Reformstau im Land aufzulösen und das monarchische System zu überwinden. Als zentrales Ergebnis der Revolution

habe mit der Landesverfassung vom 25. Oktober 1920 die parlamentarische Demokratie gestanden, so Schmeitzner. Entscheidend sei dabei gewesen, dass die Revolution dem allgemeinen demokratischen Wahlrecht und dem Frauenwahlrecht zum Durchbruch verholfen und die Parlamentarisierung auf Landesebene durchgesetzt habe. Fortan hing die Regierung vom Vertrauen des Parlaments ab und nicht mehr vom Vertrauen des Königs – ein Novum.

Den Ablauf der Revolution 1918 in Sachsen schilderte Schmeitzner detail- und anekdotenreich, zeigte die abweichenden Ziele von Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) auf, etwa als es um die schnelle Abhaltung von demokratischen Wahlen ging. Am Ende setzte sich die MSPD mit ihrer Forderung nach parlamentarischer Demokratie

durch. Schmunzelnd verwies der Historiker auf die Tatsache, dass das Wort Freistaat – was nichts anderes bedeutet als Republik – in Sachsen erst Anfang 1919 Verfassungsrealität geworden sei. Der Dresdner »Vereinigte Revolutionäre Arbeiter- und Soldaten-Rat« habe am 10. November 1918 indes die »soziale Republik« Sachsen proklamiert.

Auch die Revolutionsgewalt kam zur Sprache. Der sächsische König Friedrich August III. habe mit seinem ausdrücklichen Verzicht auf Gewaltanwendung zum friedlichen Umsturz beigetragen, bemerkte Schmeitzner. Ansonsten sei die Revolution in Sachsen vergleichsweise gewaltarm verlaufen, im Unterschied etwa zu Berlin mit 1200 Toten allein im März 1919. Zwar habe es Gewaltausbrüche gegeben, wie die Ermordung des sächsischen Militärministers Gustav



AKTUELLES



onen generieren«. Aber auch an Menschen wie Georg Gradnauer, der 1918/1919 mit Besonnenheit und dem Willen um politischen Ausgleich bemüht war, die parlamentarische Demokratie in Sachsen zu verankern, sei zu erinnern. Gradnauer käme heute kaum im öffentlichen Gedächtnis der Sachsen vor, obwohl es sich bei ihm um den ersten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten und Begründer des Freistaates Sachsen handele.

sei keine Demokratie ohne Demokraten gewesen, betonte Schmeitzner. Stattdessen sei von 1919 an sehr viel erreicht worden, bis dann 1929 im Zuge der Weltwirtschaftskrise extremistische Kräfte wie die NSDAP starken Zulauf erfuhren. Aber es hätte anders kommen können. Im Scheitern der ersten deutschen Demokratie läge kein Automatismus. Kretschmer betonte, wie wichtig heute Kompromissfähigkeit sei – eine

zentrale Lehre aus der Geschichte. Auf mehr politisches Mitmachen in gesellschaftlichen Institutionen und Vereinen käme es auch an. Denn ein solches Engagement schaffe Wissen darüber, wie die Demokratie funktioniere. »Weimarer Verhältnisse« drohten indes nicht, betonten beide. Die heutigen Krisenphänomene wiesen vor allem darauf hin, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken.

»Ihr Scheitern war kein Automatismus«

Neuring, die demokratische Revolution und ihre Ergebnisse verdunkle das aber nicht.

Wie könne man nun heute an diese demokratische Revolution erinnern? Gerade für Sachsen lasse sich aus den Revolutionen und Freiheitsbewegungen 1848/1849, 1918/1919, 1953 sowie 1989, die hier besonders stark gewesen seien, »ein ganzes Bündel freiheitlicher Traditi-

Anschließend diskutierten Michael Kretschmer und Prof. Dr. Mike Schmeitzner über die aktuellen Bezüge der Thematik. Beide waren sich einig, dass die Weimarer Republik zu sehr von ihrem Ende her betrachtet würde und zu wenig die demokratische wie rechtsstaatliche Errungenschaft hervorgehoben werde. Weimar



// Ständehaus in Dresden



AUSSTELLUNG

»Für den Erhalt sächsischer Industriebauten«

// Bis zum 4. Januar 2019 wird im Sächsischen Landtag die Ausstellung »Industriearchitektur in Sachsen erhalten – erleben – erinnern« der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen mit eindrucksvollen Einblicken in eine Region, die einst eine der wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland war, gezeigt. Außerdem verdeutlicht die Schau, wie Industriearchitektur das Land in der Vergangenheit prägte, wie heute mit ihr umgegangen wird und wie sie künftig genutzt werden könnte. //

Foto: S. Dittrich



Fotos: S. Dittrich

Kevin Britschka



// Andrea Dombois

// Katja Margarethe Mieth

»Industriearchitektur in Sachsen erhalten – erleben – erinnern«

Brücken zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

// Der Freistaat Sachsen pflegt seine Industriekultur. Sie erinnert in lebendigen Museen wie in immer noch aktiven Produktionsstätten an die einst große Bedeutung des Landes als eine der wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland. Gemeinsam mit der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen an den Staatlichen Kunstsammlungen präsentiert der Sächsische Landtag die Ausstellung »Industriearchitektur in Sachsen erhalten – erleben – erinnern« bis 4. Januar 2019. Die Ausstellung zeigt Aufnahmen von sächsischen Industriebauten und gewährt Einblicke in die Fotografien zum Thema »Arbeitswelten in der DDR« von Wolfgang G. Schröter. //

Bereits seit 2011 tourt die Ausstellung durch das Land, um in den verschiedenen Regionen den offenen Austausch über stadt- und landschaftsprägende Industriebauten und Konzepte für deren Erhaltung und Nutzung anzuregen. Jeder Ausstellungsort hat das Projekt bereichert. Die faszinierenden Architekturaufnahmen des Leipziger Fotografen Bertram Kober veranschaulichen ein für Sachsen prägendes Kapitel – das Industriezeitalter. Es gibt kaum eine sächsische Region, die nicht mit Industriegeschichte verbunden ist, kaum ein Stadtbild ohne historische Industriebauten. Vorbildhafte Nutzungsideen werden ebenso vorgestellt wie akut gefährdete Gebäude.

Die Industrialisierung veränderte die sächsische Landschaft

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert mussten neue Bauaufgaben gelöst werden, für die es keine historischen Vorbilder gab. Schon bald zählten Fabrikgebäude zu den eindrucksvollsten Bauwerken und architektonischen Leistungen in Städten und vielen Landgemein-

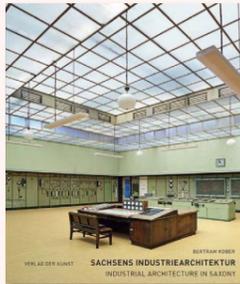
den. Es entstanden Fabrikbauten in nie zuvor gesehener Größe, die durch die Materialien Eisen, Stahl, Glas und Beton zugleich auch zu einem wichtigen Impulsgeber der Architektur der Moderne geworden sind. »Überall stießen Schornsteine ihren Rauch in den Himmel«, erinnerte die Erste Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, Andrea Dombois, bei der Ausstellungseröffnung. Ganze Landstriche lagen – durch Hausbrand mit Kohle verstärkt – unter einer Glocke von künstlichem Nebel und Dunst. Ein Jahrhundert später, mit dem Ende der DDR und dem Zusammenbruch ganzer Industriezweige, hätten sich die Rauchschwaden über Sachsen verzogen, aber viele Fabrikbauten seien geblieben und zählten heute zu unserem historischen Erbe. Manche davon stünden heute noch immer leer und seien dem allmählichen Verfall preisgegeben. Andere seien längst sorgfältig saniert, würden völlig anders als einst genutzt und seien anlässlich des Europäischen Kulturerbe-Jahres 2018 verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Mit der Ausstellung sei es gelungen, das Industriezeitalter als ein für die sächsische Geschichte prägendes Kapitel künstlerisch zu dokumentieren und facettenreich darzustellen, betonte Dombois.

Identität der kleineren Ortschaften bewahren

Die Initialzündung für dieses Projekt habe das 2010 erschienene Buch »Industriearchitektur in Sachsen. Erhalten durch neue Nutzung« von Bernd Sikora gegeben, erläuterte die Direktorin der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen, Katja Margarethe Mieth. Sie sehe das Buch als »Weckruf« für den Erhalt sächsischer Industriebauten. Allerdings stehe es für den Monolog, der zwar aufmerksam mache, aber nicht zwingend eine Lösung biete. Darum sei das Ausstellungsformat entstanden. Hierbei werde der Dialog zwischen verschiedenen Partnern angeregt und clevere Nutzungsideen würden geboren, so die Direktorin. Damit eine innovative Nutzung des industriearchitektonischen Erbes gelinge, sei ein enges Zusammenwirken von Akteuren aus Wissenschaft und Forschung, Architektur, Stadtplanung und Denkmalpflege, Kultur und Tourismus sowie Gewerbe und Industrie erforderlich. Vieles habe so bereits erreicht werden können. Umso bedauerlicher sei es, dass während der nunmehr achtjährigen Ausstellungslaufzeit weitere, durchaus sanierungsfähige Bauten abgerissen wurden. Dazu gehörten das alwo-Gebäude in Meerane und der Lautex-Riegel in Ebersbach-Neugersdorf. Die Ausstellung zeige aber auch viele Positivbeispiele wie die Seniorenresidenz an der Rädelsstraße in Plauen oder das Haus Schminke in Löbau. Mieth führte weiter aus, dass oftmals vor allem kleine Ortschaften durch den Abriss einer Industriebaute ein Stück ihrer Identität und des Wiedererkennungswerts verlören. Diesem Prozess solle die Ausstellung etwas entgegenwirken.

»Canalettoblick der Industriekultur«

Die Ausstellung führt die Besucherinnen und Besucher durch viele bedeutende Industriestandorte Sachsens, angefangen im Raum Dresden mit dem »Canalettoblick der Industriekultur«. Gemeint ist damit nicht etwa die weltberühmte Silhouette Dresdens mit Augustusbrücke, Hofkirche und Frauenkirche, sondern das einst industriell bedeutsame Ensemble aus Erlweinspeicher, Yenidze und Ostragehege. Über Chemnitz und Westsachsen bis hin in den Raum Leipzig zeigt die Ausstellung einmalige Aufnahmen und stellt eine Reihe von Produkten aus den ehemaligen Betrieben zur Schau. Zudem informiert sie über das Leben und Wirken von Wolfgang G. Schröter (1928 – 2012), der als Fotograf den Arbeitsalltag in der DDR in un-nachahmlicher Art und Weise festhielt.



Das Buch zur Ausstellung

**Sachsens Industriearchitektur/
Industrial Architecture in Saxony**

Fotografien von Bertram Kober, mit Texten von Katja Margarethe Mieth und Bernd Sikora sowie einem Interview von Thomas Bille mit Bertram Kober, Dresden 2016, Verlag der Kunst, 180 Seiten, 24,95 €, ISBN 978-3-86530-220-5



// Der Zirkus Sarassani 1914 // Fotos: gemeinfrei

Prof. Dr. Mike Schmeitzner

»Macht Euren Dreck alleene!«

Ausrufung der Republik und Abdankung des Königs 1918 in Sachsen

Im Frühjahr 1918 standen auch in Sachsen die Zeichen auf Sturm: Das vierte Kriegsjahr neigte sich dem Ende zu, ohne dass den deutschen Truppen der entscheidende Durchbruch an den Fronten gelungen wäre. Im Gegenteil: Die Übermacht der alliierten Streitkräfte – nun auch durch die US-Armee vermehrt – hatte die Truppen der Mittelmächte an den Rand der Niederlage gebracht. Die Reichsregierung musste in Waffenstillstandsverhandlungen eintreten. Für die meisten Menschen im Reich wie in Sachsen war das ein Schock: Bis zuletzt war ihnen eingeredet worden, dass die eigenen Truppen diesen Krieg noch gewinnen könnten. Mit der drohenden Niederlage am Horizont kam der wilhelminische »Machtstaat« binnen Kurzem ins Rutschen, war doch der Vertrauensverlust in die Führung und die alten Eliten enorm. Hunderttausende Tote

// Die Ausrufung des Freistaates Sachsen vor 100 Jahren markierte den Beginn der parlamentarischen Demokratie in Sachsen. Der Landtagskurier veröffentlicht in der Rubrik »Geschichte« einige Beiträge zu den damaligen Ereignissen, etwa zur Ausrufung der Republik, zur Einführung des Frauenwahlrechts oder über die Wahl zur Volkskammer 1919. //

und Vermisste allein im Königreich Sachsen schienen als Opfer umsonst gebracht worden zu sein. Millionen hungernde Menschen, die sich nur noch von Steckrüben ernährten und mangels Kohlen in ungeheizten Wohnungen dahinvegetieren mussten, wollten nur noch eines: Frieden, und zwar so schnell wie möglich. Dieses Ziel schien die deutsche Flottenführung – trotz der laufenden Waffenstillstandsverhandlungen – zu torpedieren, als sie einen letzten großen Vorstoß zur britischen Küste plante. Ein großer Teil der davon betroffenen Matrosen wollte sich in dieser Lage nicht

mehr für das alte Reich »verheizen« lassen; er rebellierte und probte in Kiel den erfolgreichen Aufstand gegen die eigenen Offiziere. Dass dieses Fanal von Kiel derart zünden konnte, lag aber auch am Reformstau im Land selbst: In Sachsen etwa hatte ein Großteil der Bevölkerung keinen Einfluss auf die Geschicke des Landes. Die Regierung wurde vom König und nicht vom Parlament berufen, das Parlament wiederum bestand aus zwei Kammern, wobei die Zweite Kammer nach einem ungleichen Wahlrecht gewählt wurde, das die unteren sozialen

Schichten deutlich benachteiligte. Die Ereignisse an der norddeutschen Küste lösten bald im ganzen Land einen revolutionären Flächenbrand aus. Matrosen, Soldaten und Arbeiter gingen auf die Straße und erzwangen binnen weniger Tage einen Umsturz der alten Gewalten:

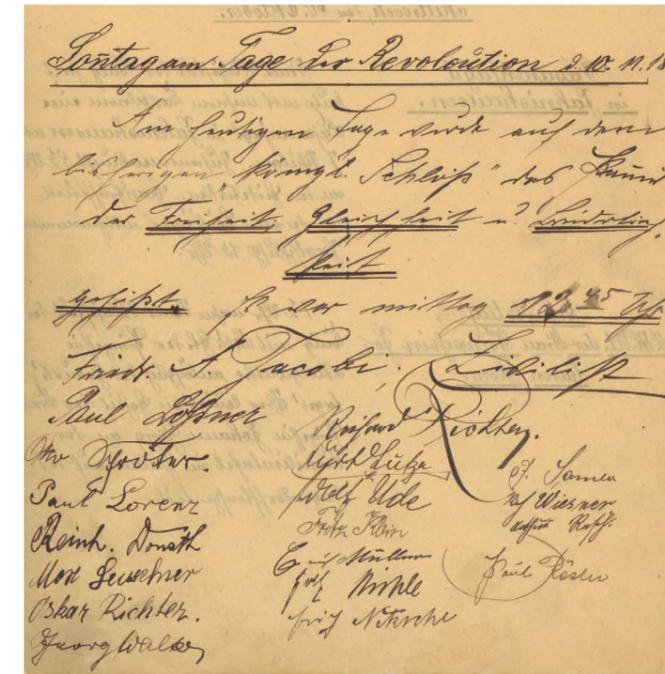


// Friedrich August III. von Sachsen

Am Ende der ersten Novemberwoche 1918 kippten bereits die ersten Throne, Bayern wurde in der Nacht zum 8. November »Freistaat«. Selbst Eliteeinheiten waren kaum noch dazu zu bewegen, die alte Herrschaft mit Gewalt zu verteidigen. In Sachsen trug König Friedrich August III. mit einem ausdrücklichen Gewaltverzicht immerhin zu einem friedlichen Umbruch bei. In das politische Vakuum stießen Soldaten und Arbeiter, die in kurzer Zeit gänzlich neue Institutionen – sogenannte Arbeiter- und Soldaten-Räte (ASR) – gründeten. Den Anfang machte in Sachsen die Fliegergarnison in Großenhain, wo bereits am 6. November ein erster Soldatenrat entstand.

Die Arbeiterparteien unterstützten diesen Umbruch indes in unterschiedlicher Weise: Die linksradikale USPD beteiligte sich ebenso aktiv am Umsturz wie kleinere linksradikale Gruppen in Dresden und Chemnitz. Der MSPD, die bis zuletzt auf Reformen im alten System gehofft und sich noch Anfang November 1918 mit eigenen Ministern an der letzten königlich-sächsischen Regierung beteiligt hatte, blieb nichts anderes übrig, als den Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Nur in einzelnen Fällen – etwa in Chemnitz – setzten sich jüngere MSPD-Politiker an die Spitze der revolutionären Erhebung. Aber auch dort waren es revoltierende Soldaten, die auf die Straßen gingen und nach einer politischen Führung verlangten.

In den überall in Sachsen entstehenden Arbeiter- und Soldaten-Räten gaben die Vertreter der Arbeiterparteien daher schnell den Ton an. In den ersten Stunden verständigten sich MSPD, USPD und linksradikale Gruppen mit den aufständischen Soldaten zumeist auf eine gemeinsame Besetzung der Rätégremien. Nur in Dresden – der Residenz des Landes – erschien die Lage



// Nachdem im Zirkus Sarassani die Republik ausgerufen war, drangen 19 Revolutionäre in das Königliche Residenzschloss ein. Sie hissten zum Zeichen des Sieges der Revolution die rote Fahne und hielten das Ereignis im Hoftagebuch fest: »Sonntag am Tage der Revolution [sic!] d. 10. 11. 18. Am heutigen Tage wurde auf dem bisherigen »königl. Schloß« das Banner der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gehißt. Es war mittag 12:45 Uhr.« // Quelle: Sächsisches Staatsarchiv

komplizierter: Hier entstanden in der Nacht zum 9. November gleich drei verschiedene Licht auf die starken politischen und menschlichen Differenzen innerhalb der Linken warf. Erst dem als gemäßigt geltenden Dresdner USPD-Vorsitzenden Hermann Fleißner sollte es bis zum 10. November gelingen, einen »Vereinigten Revolutionären Arbeiter- und Soldaten-Rat« zu schaffen. Dank Fleißners Einfluss konnte sich der Rat am 10. November auch auf eine gemeinsame »Proklamation« verständigen. Die wichtigsten Punkte waren: Abschaffung der Monarchie, die Beseitigung der (berufsständischen bzw. nicht allgemein-demokratisch gewählten) Ersten und Zweiten Kammer des Landes und die Ansetzung einer »Nationalversammlung« nach wirklich demokratischem Männer- und Frauenwahlrecht. Die »Proklamation« endete in dem Ausruf: »Es lebe die soziale Republik Sachsen«.

Die Proklamation der Republik erfolgte im Übrigen im Dresdner Zirkus Sarassani. Mit dem Zirkus im engeren Sinne hatte dieses Tagungsort für die Revolutionäre und ihre Anhänger allerdings nichts zu tun. Das steinerne Zirkusgebäude im Regierungsviertel der Residenz war vielmehr außerhalb der Spielzeiten ein beliebter politischer Versammlungsort, der ca. 5 000 Menschen Platz bot. Von daher war es nur folgerichtig gewesen, dass sich die Männer um Fleißner genau dieses große Versammlungsort ausgesucht hatten, um den Tausenden Anhängern die Möglichkeit zu

bieten, sich an einem geschützten Ort zu versammeln und zu diskutieren.

Zur Zeit der Ausrufung der Republik befanden sich der König und seine Entourage längst auf der Flucht. Bereits am 8. November abends hatte er Dresden verlassen, um sich nach Moritzburg zu begeben. Am 13. November waren er und sein Gefolge auf Schloss Guteborn im preußischen Teil der Lausitz kurzzeitig untergekommen. Dort entsagte er auch schriftlich dem Thron, nachdem ihm der immer noch amtierende königliche Kabinettschef Rudolf Heinze bedrängt hatte. Ob er dabei wirklich den ihm zugeschriebenen Spruch »Macht Euren Dreck alleene!« geäußert hat, bleibt umstritten. Fest steht, dass viele seiner bisherigen Untertanen ihm eine solche Äußerung zugetraut hätten. Immerhin war der Ex-Monarch für seinen Anekdotenreichtum weithin bekannt. Wenige Tage nach seiner Abdankung fand Friedrich August III. auf Schloss Sybillenort bei Breslau für sich und seine Familie ein neues Domizil. Das Schloss gehörte den Wettinern und der von der MSPD beherrschte Soldatenrat von Schlesien bot ihm hinreichend Schutz, womit ihm und seiner Familie das preußische »Exil« recht erträglich gemacht wurde. Der mit dem neuen Freistaat Sachsen 1924 ausgehandelte Vertrag garantierte dem »Haus Wettin« u. a. mehrere Liegenschaften, Renten und Jagdrechte in Sachsen. Damit hatte sich das Land gegenüber den Wettinern mehr als großzügig erwiesen.



Prof. Dr. Mike Schmeitzner

geboren 1968 in Dresden, studierte an der TU Dresden Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften. Seit 1998 forscht er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden zum Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, zur Geschichte der SBZ und der frühen DDR sowie besonders zu Sachsen in der Weimarer Republik und unter den nachfolgenden beiden Diktaturen. // Foto: Ralf Ryter



Foto: Jannis Chavakis

Uwe Nösner 1960 – 2018

Wir trauern um unseren lieben Kollegen Uwe Nösner. Er verstarb ganz unerwartet und hinterlässt bei uns eine tiefe Lücke. Uwe Nösner wirkte seit 1991 als Redakteur und Redenschreiber im Sächsischen Landtag. Den Landtagskurier, sein berufliches Lebenswerk, begleitete er als federführender Redakteur vom ersten Heft an, schrieb hier zahllose Artikel über das Plenargeschehen und die Arbeit des Parlaments. Mit seinem sensiblen Intellekt, seiner großen Belesenheit und einer exzellenten Sprache trug er über ein Vierteljahrhundert dazu bei, parlamentarisches Geschehen in Sachsen verständlicher zu machen. Für die Präsidenten und Vizepräsidenten des Sächsischen Landtags verfasste er unzählige Reden und Grußworte. Der deutschen Literaturlandschaft bleiben seine Lyrikbände sowie Schriften zu Religion und Reformation erhalten. Nur wenige wissen, dass er es war, der in den 1980er-Jahren als junger Kulturredakteur die Tagebücher Victor Klemperers mühsam erschloss und in der Dresdner Tageszeitung DIE UNION als Fortsetzungsserie erstveröffentlichte. Mit Uwe Nösner hat ein kluger, feinsinniger und humorvoller Mensch diese Welt verlassen, der uns in dankbarer Erinnerung bleibt. Wir werden sein Andenken in Ehren bewahren.

Die Redaktion



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshmtl



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

11. – 14.12.2018
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

30. – 31.01.2019
13. – 14.03.2019
10. – 11.04.2019
22. – 23.05.2019
03. – 04.07.2019

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5601
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Fraktionslose Abgeordnete
Tel. 0351 493-4284

Publikationsbestellung und Leserbriefe
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132. Offene Führungstermine ohne Voranmeldung 2019: 11.01., 08.02., 08.03., 12.04., 10.05., 14.06., 12.07., 09.08. (16 Uhr Bürgerfoyer)

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr; an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten: täglich von 11 bis 23 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Kevin Britschka, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 12.11.2018

Gastautoren: Prof. Dr. Mike Schmeitzner, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, 01069 Dresden

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.